

Rechtsprechungsübersicht

1. Grundlagen zum Parteienrecht

EGMR, Entscheidung vom 04.10.2016 – 55977/13, in: EuGRZ 2016, 608-611 (unzulässige Beschwerde der NPD gegen Deutschland; kein Feststellungsanspruch einer politischen Partei hinsichtlich ihrer Verfassungskonformität).

BVerfG, Urteil vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, online veröffentlicht bei juris (NPD-Verbotsantrag nicht erfolgreich trotz Verfassungsfeindlichkeit der NPD wegen fehlender Potentialität der Zielerreichung).

BVerfG, Beschluss vom 01.03.2016 - 2 BvB 1/13, online veröffentlicht bei juris (Feststellung der ordnungsgemäßen Senatsbesetzung im NPD-Verbotsverfahren und Zurückweisung unbegründeter Richterablehnungsgesuche).

BVerfG, Beschluss vom 18.02.2016 – 2 BvE 6/15, online veröffentlicht bei juris (Mitgliedschaft eines Richters in einer politischen Partei begründet keine Besorgnis der Befangenheit; keine positive Feststellung der Parteieigenschaft im Organstreitverfahren).

VerfGH Thüringen, Urteil vom 08.07.2016 – VerfGH 38/15, online veröffentlicht bei juris (Zulässige Öffentlichkeitsarbeit einer Regierung findet ihre Grenze, wenn sie parteiergreifend zugunsten oder zulasten einer politischen Partei oder von Wahlwerbern in den allgemeinen politischen Wettbewerb einwirkt).

VerfGH Thüringen, Urteil vom 08.06.2016– VerfGH 25/15, online veröffentlicht bei juris (Verletzung des staatlichen Neutralitätsgebots durch Amtsinhaber, der amtliche Kommunikationswege zur Verbreitung eigener Äußerungen in Anspruch nimmt).

BVerwG, Beschluss vom 24.03.2016 – 6 B 4/16, online veröffentlicht bei juris (kein Unterlassungsanspruch einer politischen Partei gegen Verbreitung des Verfassungsschutzberichts).

BVerwG, Beschluss vom 24.03.2016 – 6 B 5/16, online veröffentlicht bei juris (Parallelentscheidung zu BVerwG, Urteil vom 24.03.2016 – 6 B 4/16).

OVG NRW, Urteil vom 04.11.2016 – 15 A 2293/15, online veröffentlicht bei juris (striktes Neutralitätsgebot bei amtlichen Äußerungen des Bürgermeisters nur gegenüber politischen Parteien, nicht gegenüber politischen Meinungsgruppen).

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 03.02.2016 – 4 M 168/15, online veröffentlicht bei juris (Medienrechtliche Beanstandung wegen Öffentlichkeitsarbeit einer politischen Partei im Offenen Kanal).

LG Augsburg, Urteil vom 28.04.2016 – 91 O 3606/15, online veröffentlicht bei www.gesetze-bayern.de (Verletzung des Namensrechtes durch Verwendung der gleichen Kurzbezeichnung).

VG Augsburg, Beschluss vom 10.02.2016 – Au 7 S 16.189, online veröffentlicht bei juris (Hausverbot der AfD für das Rathausgebäude).

VG Berlin, Urteil vom 07.09.2016 – 1 K 71.15, online veröffentlicht bei juris (Aufnahme einer politischen Partei in den Verfassungsschutzbericht 2013).

VG Berlin, Beschluss vom 10.05.2016 – 2 L 235.16, online veröffentlicht bei juris (Löschung einer Pressemitteilung eines Bezirksamtes zu einer Veranstaltung bezogen auf die AfD in der Vorwahlzeit).

VG Dresden, Urteil vom 23.06.2016 – 4 K 286/16, online veröffentlicht bei juris (Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis eines NPD-Mitglieds: Gegenteilige Auffassung zu BVerwG, Urteil vom 30.9.2009 – 6 C 29/08, in: NVwZ-RR 2010, 225).

VG Köln, Beschluss vom 29.12.2016 – 20 L 3216/16, online veröffentlicht bei juris (Verbot einer NPD-Verammlung an Silvester 2016).

2. Chancengleichheit

BVerfG, Ablehnung einer einstweiligen Anordnung vom 26.08.2016 – 2 BvQ 46/16, online veröffentlicht bei juris (Chancengleichheit politischer Parteien im Wahlkampf hinsichtlich der Überlassung öffentlicher Einrichtungen für Wahlkampfveranstaltungen).

VerwGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 07.11.2016 – 1 S 1386/16, online veröffentlicht bei juris (Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs für Streitigkeit über Anspruch auf Eröffnung eines Girokontos einer politischen Partei).

OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 13.10.2016 – OVG 3 B 10.15, online veröffentlicht bei juris (Anspruch einer Partei auf Eröffnung eines Girokontos).

OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 13.10.2016 – OVG 3 B 3.16, nicht veröffentlicht (Anspruch einer Partei auf Eröffnung eines Girokontos; Parallelenentscheidung zu OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 13.10.2016 – OVG 3 B 10.15).

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 25.08.2016 – OVG 3 S 60.16, online veröffentlicht bei juris (Überlassung von Räumen an politische Parteien nur nach vorheriger Vorlage eines Bestuhlungsplanes).

VG Bayreuth, Beschluss vom 13.10.2016 – B 5 E 16.679, online veröffentlicht bei juris (Anspruch einer politischen Partei auf Überlassung einer öffentlichen Einrichtung, soweit die Gemeinde rechtliche Einflussmöglichkeit auf privaten Betreiber hat).

VG Berlin, Beschluss vom 24.08.2016 – 2 L 344.16, nicht veröffentlicht (Überlassung öffentlicher Einrichtungen für Wahlkampfveranstaltung).

VG Karlsruhe, Beschluss vom 01.03.2016 – 10 K 803/16, online veröffentlicht bei juris (Nutzung kommunaler Einrichtungen durch politische Parteien).

VG München, Beschluss vom 06.09.2016 – M 7 E 16.3951, online veröffentlicht bei juris (kein Anspruch der AfD auf Zulassung zu Straßenfest Corso Leopold mangels gemeindlicher Einflussmöglichkeiten auf privaten Veranstalter).

Schleswig-Holsteinisches VG, Beschluss vom 22.01.2016 – 3 B 8/16, online veröffentlicht bei juris (Beschränkung der Wahlsichtwerbung durch Sondernutzungssatzung).

Schleswig-Holsteinisches VG, Urteil vom 23.06.2016 – 6 A 3/15, online veröffentlicht bei juris (Kein Anspruch einer politischen Partei auf Eröffnung eines Girokontos bei einer Sparkasse außerhalb des Wirkungsbereiches Schleswig-Holstein trotz überregionaler Filiale).

VG Sigmaringen, Beschluss vom 23.06.2016 – 2 K 5419/14, nicht veröffentlicht (Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs für Streitigkeit über Anspruch auf Eröffnung eines Girokontos einer politischen Partei).

VG Stade, Beschluss vom 31.05.2016 – 1 B 1062/16, online veröffentlicht unter juris (Nutzung einer öffentlichen Einrichtung durch eine politische Partei).

3. Parteienfinanzierung

BVerfG, Ablehnung einer einstweiligen Anordnung vom 13.07.2016 – 2 BvQ 26/16, online veröffentlicht bei juris (Antrag im einstweiligen Rechtsschutz auf Rückübertragung einer im Rahmen der Parteienfinanzierung als Sicherheitsleistung abgetretenen erstrangigen Grundschuld).

BVerwG, Urteil vom 27.04.2016 – 6 C 5/15, online veröffentlicht bei juris (Sanktionsbefreiende Selbstanzeige bei Verstößen gegen parteienfinanzierungsrechtliche Vorschriften).

OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17.12.2014 – OVG 3 B 16.13, online veröffentlicht bei juris (Rücknahme von Bewilligungsbescheiden über die Gewährung staatlicher Parteienfinanzierung und sanktionsbefreiende Selbstanzeige vor und nach Inkrafttreten des PartG 2002).

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 07.07.2016 – OVG 6 N 64.15, online veröffentlicht bei juris (Verteilungsschlüssel für Zuwendungen an parteinahe Stiftungen; keine Übertragbarkeit der zum Gesetzesvorbehalt für Zuwendungen an Jugendorganisationen entwickelten Grundsätze).

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 25.05.2016 – OVG 3 S 23.16, online veröffentlicht bei juris (Abschlagszahlung darf bei fortgeschrittenem und offenem Parteiverbotsverfahren von vorherig erbrachter Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden).

VG Berlin, Beschluss vom 24.03.2016 – 2 L 64.16, nicht veröffentlicht (Antrag im einstweiligen Rechtsschutz auf Rückübertragung einer im Rahmen der Parteienfinanzierung als Sicherheitsleistung abgetretenen erstrangigen Grundschuld).

VG Wiesbaden, Beschluss vom 20.05.2016 – 6 L 476/16.WI, online veröffentlicht bei juris (Aufschiebende Wirkung einer Klage der NPD gegen die Anordnung, dass die Gewähr staatlicher Zuwendungen zur Parteienfinanzierung von einer Sicherheitsleistung nach § 20 Abs. 1 S. 4 PartG abhängig gemacht wird).

4. Parteien und Parlamentsrecht

BVerfG, Urteil vom 03.05.2016 – 2 BvE 4/14, online veröffentlicht bei juris (Keine Absenkung der Drittel- bzw. Viertelquoten für die Ausübung parlamentarischer Minderheitenrechte geboten).

Niedersächsischer StGH, Urteil vom 18.11.2016 – 1/16, online veröffentlicht bei juris (Zu den Grenzen der Ausdehnung eines Untersuchungsauftrags abweichend vom Einsetzungsantrag; hier: 23. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss „Tätigkeit der Sicherheitsbehörden gegen die islamistische Bedrohung in Niedersachsen“).

BVerwG, Beschluss vom 16.02.2016 – 10 BN 4/15, online veröffentlicht bei juris (Kein verfassungsrechtlicher Anspruch fraktionsloser Mitglieder kommunaler Gremien auf anteilige Fraktionszuschüsse).

BSG, Urteil vom 18.02.2016 – B 3 KS 1/15 R, online veröffentlicht bei juris (Einkünfte einer freiberuflichen Journalistin aus ehrenamtlicher Tätigkeit als Ratsmitglied und Fraktionsvorsitzende sind nicht „erwerbsmäßig“ i.S.d. Künstlersozialversicherungsgesetzes).

VerfG Brandenburg, Urteil vom 22.07.2016 – VfGBbg 70/15, online veröffentlicht bei juris (Zur Rechtsstellung einer parlamentarischen Gruppe nach der Verfassung des Landes Brandenburg).

VerfG Brandenburg, Urteil vom 19.02.2016 – VfGBbg 57/15, online veröffentlicht bei juris (Kein einseitiges Entsendungs- oder Benennungsrecht der Fraktion bei Bildung der Parlamentarischen Kontrollkommission).

VerfGH Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 25.10.2016 – 6/16, VerfGH 6/16, online veröffentlicht bei juris (Freiheit der Abgeordneten zur Wahl des Stellvertreters der Präsidenten des Landtags – Recht der Fraktion auf gleiche Teilhabe am politisch-parlamentarischen Willensbildungsprozess).

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 17.10.2016 – OVG 12 S 68.16, online veröffentlicht bei juris (Intraorganstreit über den Eintritt eines von drei Mitgliedern einer Fraktion einer Berliner Bezirksverordnetenversammlung in eine andere Partei bewirkt den Verlust des Fraktionsstatus).

OVG Saarland, Urteil vom 17.09.2015 – 2 C 29/15, online veröffentlicht bei beck-online (Zuschüsse an Fraktionen kommunaler Vertretungskörperschaften).

VG Augsburg, Beschluss vom 12.02.2016 – Au 7 S 16.200, online veröffentlicht bei juris (Widerruf einer Nutzungsgenehmigung für den Neujahrsempfang von AfD-Stadtratsmitgliedern im Rathaus).

VG Berlin, Beschluss vom 06.09.2016 – 2 L 347.16, online veröffentlicht bei juris (Mitglieder einer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung).

VG Düsseldorf, Beschluss vom 20.01.2016 – 1 L 103/16, online veröffentlicht bei juris (Antrag auf Einberufung des Rates durch eine Fraktion).

VG München, Urteil vom 22.06.2016 – M 7 K 15.4896, online veröffentlicht bei juris (Rückgriff auf Zahl der bei der Kreistagswahl auf Parteien abgegebenen Stimmen bei der Sitzverteilung in den Ausschüssen).

VG Mainz, Urteil vom 10.08.2016 – 3 K 877/15.MZ, online veröffentlicht bei juris (Anspruch eines fraktionslosen Mitglieds eines Stadtrats auf Gewährung von Zuschüssen, wie sie die Fraktionen erhalten).

VG Neustadt, Beschluss vom 19.10.2016 – 3 L 899/16.NW, online veröffentlicht bei juris (Vermietung des Hambacher Schlosses für eine Veranstaltung einer AFD-Fraktion).

VG Stuttgart, Beschluss vom 11.02.2016 – 7 K 793/16, online veröffentlicht bei juris (Hausverbot gegen Fraktionsvorsitzende der AfD).

5. Parteien und Wahlrecht

BVerfG, Beschwerdekammerbeschluss vom 30.08.2016 – 2 BvC 26/14 – Vz 1/16, online veröffentlicht bei juris (zur Angemessenheit der Dauer eines Wahlprüfungsverfahrens).

VerfGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 09.05.2016 – 1 VB 25/16, online veröffentlicht bei juris (offensichtlich unbegründete Verfassungsbeschwerde gegen das gesetzgeberische „Unterlassen“, im Landtagswahlgesetz eine Regelung über eine „Hilfsstimme“ für den Fall einzufügen, dass die mit der „Hauptstimme“ gewählte Partei an der Fünfprozenthürde scheitert)

VGH Bayern, Beschluss vom 21.04.2016 – 4 ZB 15.1951, online veröffentlicht bei juris (Neujustierung der gesetzlichen Hürden hinsichtlich der Zahl der Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge neuer Wahlvorschlagsträger nicht erforderlich).

VGH Bayern, Beschluss vom 06.04.2016 – 4 ZB 15.1562, online veröffentlicht bei juris (Zur Frage, ob bei der Aufstellung von Kandidaten für Wahlen auf kommunaler Ebene die Benutzung von Wahlkabinen zwingend vorgeschrieben ist).

OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 22.06.2016 – OVG 12 N 43.15, online veröffentlicht bei juris (die in § 28a BbgKWahlG geforderten Unterschriftenquoten verletzen nicht die Grundsätze der freien, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl).

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 15.09.2016 – 15 A 1934/15, online veröffentlicht bei juris (Anfechtung einer Kommunalwahl Zurückweisung eines Wahlvorschlags wegen Nichteinhaltung demokratischer Verfahrensgrundsätze bei der Kandidatenaufstellung).

OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 18.08.2016 – 15 A 1894/15, online veröffentlicht bei juris (Erwerb der Mitgliedschaft in einer Gemeindevertretung hängt nach erfolgter Wahl nicht mehr von der Zugehörigkeit zu der Partei oder Wählergruppe ab, für die der gewählte Bewerber bei der Wahl aufgetreten ist).

OVG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 18.01.2016 – 4 L 105/15, online veröffentlicht bei juris (Vorabzuteilung eines Sitzes nach einer Kommunalwahl).

VG Greifswald, Urteil vom 19.01.2016 – 2 A 1152/15 HGW, online veröffentlicht bei juris (Öffentliche Zugänglichkeit des Wahllokals bei Kommunalwahl).

VG Hannover, Urteil vom 09.02.2016 – 1 A 12763/14, online veröffentlicht bei juris (Wahlprüfungsklage bzgl. der Maßnahmen des Wahlleiters zur Erhöhung der Wahlbeteiligung).

VG Leipzig, Urteil vom 26.04.2016 – 6 K 1337/15, online veröffentlicht bei juris (Kein zur Wiederholung einer Oberbürgermeisterwahl führender Verstoß gegen das Neutralitätsgebot durch öffentliche Einladung zu einer Veranstaltung mit Hinweis auf Erscheinen des Ministerpräsidenten).

VG Münster, Urteil vom 08.04.2016 – 1 K 2515/14, online veröffentlicht bei juris (Wahlrechtliche Bedeutsamkeit von Verstößen gegen das Satzungsrecht der Partei bei der Aufstellung der Wahlkandidaten).

VG Stuttgart, Urteil vom 08.07.2016 – 7 K 3161/15, online veröffentlicht bei juris (Rechtmäßigkeit der Neuzählung der Stimmzettel einer Bürgermeisterwahl; Wahlrechtsgrundsatz der Öffentlichkeit).